

Drucksachen-Nr.

**5673/2020-2025**

Datum:

**22.02.2023**



**An den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld**

**Anfrage**

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
<b>Rat der Stadt Bielefeld</b>	02.03.2023	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

**Statt „Wir haben Platz“: Mietgarantie für Mieter kommunaler Wohnungsgesellschaften**

## **Text der Anfrage:**

In der Stadt Lörrach kündigte kürzlich eine kommunale Wohnungsgesellschaft 40 alteingesessenen Mietern um dort Flüchtlinge unterzubringen. Im Schreiben weist die Stadt auf den "erheblichen Zustrom von Flüchtlingen aus der Ukraine und anderen Weltregionen" hin. „Für Sie bedeutet das, dass wir in Kürze das mit Ihnen vereinbarte Mietverhältnis kündigen werden“, heißt es in dem Schreiben weiter. Auch in NRW sind bereits viele Kommunen am Limit ihrer Kapazität und sogar schon darüber hinaus. Bielefeld ist als Großstadt hiervon in besonderer Weise betroffen. Am Wohnungsmarkt herrschen bereits heute „Berliner Verhältnisse“ und es gibt harte Verteilungskämpfe um den knappen Wohnraum, welche fast immer zu Lasten sozial schwacher Bürger gehen.

Wer aber in aller Welt das Mantra „Wir haben Platz!“ verlautbaren lässt, Ausländerzentren in „Willkommenszentren“ umbenennt und die Stadt Bielefeld so öffentlichkeitswirksam wie - mit Hans-Magnus Enzensberger gesprochen - gratismutig zum „sicheren Hafen“ erklärt, der muss auch die Frage beantworten, wo dieser Platz ist. Wer, wie das Land Nordrhein-Westfalen 64.000 ausreisepflichtige Ausländer (Stand 2022) duldet und nicht abschiebt und gleichzeitig immer neue Personen ohne Bleibeperspektive ins Land holt, der macht sich schuldig, genau diese Verteilungskämpfe zu befeuern. Die Stadt Lörrach schafft mit der offenen Priorisierung Fremder gegenüber den eigenen Bürgern einen gefährlichen Präzedenzfall, der für die Stadt Bielefeld und ihre Bürger dringend kategorisch ausgeschlossen werden muss.

(1): <https://www.n-tv.de/panorama/Muessen-40-Mieter-fuer-Gefluechtete-umziehen-article23933219.html>

(2): <https://rp-online.de/info/consent-remake/>

Frage:

Plant die Stadt Bielefeld, Mieter ihrer kommunalen Wohnungsgesellschaften zu kündigen, um die Wohnungen für Flüchtlinge zu nutzen?

1. Zusatzfrage:

Kann die Stadt Bielefeld den Mietern ihrer Wohnungsgesellschaften garantieren, dass in Zukunft niemandem das Mietverhältnis wie im Fall Lörrach gekündigt wird, um stattdessen Flüchtlinge in den Wohnungen unterzubringen?

2. Zusatzfrage:

Wie viele ausreisepflichtige Personen halten sich in der Stadt Bielefeld auf? Bitte Zahlen für die letzten 15 Jahre nach Kalenderjahr aufschlüsseln.

**Unterschrift:**

gez.

Maximilian Kneller, AfD, Mitglied im Rat der Stadt Bielefeld

